

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August 1984

Evangelische Verantwortung

Heft 8/1984

„Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Helmut Matthies im Gespräch mit Heiner Geißler

Der Redaktionsleiter des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz (idea), Helmut Matthies, stellte dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, nachfolgende Fragen:

Herr Minister, Bundeskanzler Kohl hat zu Beginn seiner Amtszeit von der Notwendigkeit einer geistig-moralischen Wende in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Mitte Juli lief eine Fernsehsendung zum Thema § 218 unter dem Motto „Will Geißler die Wende?“. Wollen Sie sie nicht?

Geißler: Ich will eine Bewußtseinsveränderung, eine Kursänderung in der Einstellung zum werdenden Leben. Ich will aber vor allem Frauen helfen, die schwanger sind und sich in einer sozialen Notlage befinden, um dadurch die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu vermindern. Ich halte nichts von einer Gesellschaft, in der eine Frau, die ein Kind auf die Welt bringen will, gegen den Strom schwimmen muß. Und ich bin der Auffassung, daß das werdende Leben menschliches Leben ist. Die alte Theorie des Naturwissenschaftlers Ernst Haeckel (1834 bis 1919), daß im Mutterleib das heranwachsende Wesen sozusagen im Zeitraffer die ganze biologische Evolution durchläuft, vom Urschlamm bis zum Säugetier, ist wissenschaftlich ja längst widerlegt. Was da entsteht, ist kein Lurch und kein Affe, sondern ein Mensch – und von Anfang an.

Die katholische Kirche, aber auch immer mehr evangelische Christen fordern eine Änderung des § 218, weil sie meinen, nur dann könne man das ungeborene Leben tatsächlich besser schützen. Warum sind Sie gegen eine Änderung?

Es gibt keine Mehrheiten im Bundestag für eine Änderung. Im übrigen haben wir das Recht vielfach geändert, und dem werdenden Leben hat es nicht viel genützt. Ich konzentriere mich als Politiker auf das Machbare. Es besteht für mich darin, daß wir eine umfassende Verbesserung für die Familie durchsetzen. Das haben wir bereits beschlossen. Nicht nur

mit der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“, sondern auch durch die Entscheidungen des Bundeskabinetts vom 4. Juli dieses Jahres, die eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs von acht bis zehn Milliarden DM beinhalten. Es ist die größte Verbesserung, die die Familien in der Bundesrepublik Deutschland je bekommen haben. Dabei ist eine ganz entscheidende Änderung in unserer Familienpolitik beschlossen worden, nämlich die Einführung eines Erziehungsgeldes ab 1. Januar 1986 von 600,- DM für das erste Lebensjahr eines Kindes. Wir werden in diesem Herbst nun auch über die Anerkennung von Erziehungsjahren entscheiden. Ich bin überzeugt, daß die Entscheidung positiv ausfallen wird.

Abrüstung und Abtreibung

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Wolfgang Huber, hat in der erwähnten Fernsehsendung das Abtreibungsthema mit dem der Abrüstung verknüpft. Wie beurteilen Sie diese Position?

Ich halte es für eine richtige Überlegung, die zukünftige Entwicklung der Menschheit unter dem Gesichtspunkt des Friedens und der Erhaltung der Umwelt nicht nur zu diskutieren, sondern auch politisch zu gestalten. Wir müssen ja auch an die Zukunft unserer Kinder denken. Aber ich halte es für absurd, eine bestimmte Politik für die Erhaltung des Friedens sozusagen als allein richtige und mögliche zu bezeichnen und daraus Folgerungen abzuleiten für den Schwangerschaftsabbruch. Die Politik der jetzigen Bundesregierung hat mehr für den Frieden geleistet als alles, was die sogenannte Friedensbewegung im letzten Jahr gemacht hat.

Wieso?

Durch die Politik der Bundesregierung, die ja das fortsetzt, was in den letzten 30 Jahren in Deutschland geschehen ist, ist der Friede erhalten geblieben. Wir

wollen ja keine Aufrüstung, sondern Abrüstung – aber nicht einseitig, sondern auf allen Seiten. Das ist ein mühsamer Prozeß, aber nur durch ihn kann man Erfolge für den Frieden erreichen. Infolgedessen darf man den Menschen auch keine Angst machen, wenn diese Politik fortgesetzt wird. Wenn ich Schwangerschaftsabbruch – wie Kirchentagspräsident Huber es tut – in Verbindung setze mit einer bestimmten Verteidigungspolitik, betreibe ich Angstmacherei, und dies ist nicht legitim. Man muß beides tun: werden des menschliches Leben schützen und gleichzeitig mehr für den Frieden tun. Um noch einmal auf die Friedensbewegung zu sprechen zu kommen: Ich halte es für moralisch unglaubwürdig, wenn sich Franz Alt vor den Ostermarschierern im Zeichen des Friedens für die Erhaltung des ungeborenen menschlichen Lebens einsetzt und dafür ausgepiffen wird. Es ist unmoralisch und unglaubwürdig, gegen die Gewaltanwendung zwischen den Staaten zu demonstrieren und gleichzeitig die Gewaltanwendung gegen die schwächste Form des menschlichen Lebens, nämlich des ungeborenen, zu rechtfertigen.

Sie haben Pro Familia kritisiert, weil sie die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ nicht unterstütze. Wie will die Bundesregierung Schwangeren helfen?

Pro Familia und die Bundesstiftung

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland eine gesetzliche Verpflichtung für alle anerkannten Beratungsstellen, schwangere Frauen insbesondere über die Hilfen zu informieren, die das werdende Leben schützen und die die Mütter motivieren, ihr Kind auf die Welt zu bringen. Wenn eine Beratungsstelle wie Pro Familia sich weigert, über diese Hilfen wie z. B. die der „Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ zu informieren oder sie zu vermitteln und sie – wie es auf Bundesebene geschieht – diskriminiert und mit den rüdesten Argumenten angreift, dann verstößt sie gegen den gesetzlichen Auftrag. Als der zuständige Minister muß ich dann natürlich darauf dringen, daß der gesetzliche Auftrag auch von allen Beratungsstellen eingehalten wird.

Wie funktioniert die Bundesstiftung in der Praxis? Gibt es nicht die Gefahr von Mißbrauch? Welche Garantien gibt es, daß das Geld auch die Frauen erreicht, die in sozialer Notlage sind und dennoch nicht abtreiben wollen?

Einen hundertprozentigen Schutz gegen Mißbrauch gibt es nicht. Wir haben die Stiftung so konstruiert, daß wir unbürokratisch und schnell helfen wollen. Wir nehmen ausdrücklich in Kauf, daß in dem einen oder anderen Fall auch Mißbrauch getrieben werden kann. Wenn man schnell und unbürokratisch helfen will, dann darf man eine solche Stiftung nicht in Paragraphen zwingen. Paragraphenreiterei ist das Gegenteil von schneller und unbürokratischer Hilfe. Zweckentfremdungen werden Ausnahmen bleiben. Die Garantie dafür sehen wir in der verantwortlichen Arbeit der Beratungsstellen.

Gibt es feste Beträge?

Nein. Die Höhe der Förderung hängt ausschließlich und allein von der individuellen Situation ab. Die

Höchstbeträge von 5 000,- DM, die immer wieder genannt werden, sind eine reine Erfindung. Es gibt keine Höchstbeträge. Es können in einem Fall 1000,- DM sein, im anderen Fall 8 000,- DM sein.

Aber genügt es denn, einer Frau nur finanzielle Hilfe zu geben?

Ich habe nie behauptet, daß wir mit den sozialen Hilfen alle Konflikte lösen können. Aber es gibt auch Konflikte, die soziale Ursachen haben. Und in einem reichen Land wie der Bundesrepublik mit einem Bruttosozialprodukt von 1,5 Billionen DM ist es nicht zu rechtfertigen, daß aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen menschliches Leben getötet wird. Ich will durch meine Politik erreichen, daß keine Frau in eine soziale Notlage gerät, weil sie ein Kind auf die Welt bringt. In Mexiko oder in Bolivien kann man das nicht ausschließen. In der Bundesrepublik Deutschland kann man es durch eine entsprechende Politik vermeiden.

In welchem Fall halten Sie eine Abtreibung überhaupt für erlaubt?

Dies hat das Bundesverfassungsgericht entschieden und der Gesetzgeber. Die Fristenlösung ist mit Sicherheit nicht erlaubt. Menschliches, werdendes Leben darf nicht willkürlich zur Disposition der Erwachsenen gestellt werden. Es muß aber eine Güterabwägung möglich sein, wenn die Konflikte für die Frau so schwer sind, daß die Geburt des Kindes ihr unter keinen denkbaren Umständen zugemutet werden kann.

Mutterschaft als Beruf

Mitte Juli ist von der Kinder- und Jugendpsychologin und Bestsellerautorin Christa Meves eine Unterschriftenaktion gestartet worden zur „psychischen Sanierung der Familie“. In ihr wird an die Bundesregierung und die Landesregierungen, speziell natürlich auch an das Bundesfamilienministerium, appelliert, die Mutterschaft als eine Art Beruf und als Voraussetzung für eine Reihe sozialer Berufe anzuerkennen. Was halten Sie von einer solchen Aktion?

Dies fordert die Christlich-Demokratische Union schon seit über zehn Jahren. Wir betrachten die Kindererziehung in der Familie als eine gleichwertige berufliche Aufgabe wie die Arbeit im Büro oder in der Fabrik. Wir haben aus diesem Grunde – neben der geplanten Einführung des Erziehungsgeldes – bereits beschlossen, daß die Wartezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung von 15 Jahren auf fünf Jahre verkürzt werden mit der Folge, daß Millionen junger Frauen heute mit einem eigenständigen Rentenanspruch in die Ehe gehen. Wir werden ferner die Anerkennung von Erziehungsjahren beschließen, dadurch wird die Tätigkeit der Frau oder des Vaters zuhause genauso – wenigstens für ein Jahr pro Kind – in der Rentenversicherung berücksichtigt wie die Arbeit in der Fabrik oder im Büro. Das sind zwei wesentliche Beispiele, um deutlich zu machen, daß das, was Christa Meves hier vorschlägt, unsere volle Sympathie und Unterstützung hat.

Viele Menschen – besonders auch Christen – sind beunruhigt über immer mehr brutale Videos auf dem

deutschen Markt. Warum wird hiergegen nichts unternommen?

Wir werden noch in diesem Jahr ein Gesetz verabschieden, das brutale Videofilme verbietet.

CDU und evangelische Kirche

Sie sind auch Generalsekretär der CDU. Wie kommt es, daß Ihre Partei wesentlich mehr Kritik von seiten evangelischer Organisationen – von der evange-

lischen Jugend bis zum Diakonischen Werk – bekommt als von der katholischen Kirche?

Ich höre diese Kritik nicht von der EKD, sondern von einzelnen Organisationen innerhalb des weiten Bereiches der evangelischen Kirche. Hier sind möglicherweise Informationslücken vorhanden. Ich biete allen Organisationen der evangelischen Kirche an, sich informieren zu lassen oder daß wir hier unsere Gedanken austauschen. Ich bin überzeugt: Dann werden viele Mißverständnisse beseitigt.

Christentum und Islam

Erhard Hackler

Ein nichtchristlicher Glaube hat sich zur drittgrößten Religionsgemeinschaft auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland entwickelt, der Islam. Von 4,2 Millionen Ausländern sind 1,7 Millionen Muslime; von 700 000 ausländischen Kindern und Jugendlichen sind 650 000 türkischer Nationalität. Für das Jahr 1985 ist damit zu rechnen, daß jedes zehnte Schulkind muslimisch ist. Weltweit gibt es heute etwa 550 Millionen Muslime (nicht: Mohammedaner) hauptsächlich in Afrika, Arabien, der Türkei, dem Iran, Afghanistan, Pakistan, Indien, Malaysia, Indonesien und Südrubland.

Neben Zentren, Unionen und Föderationen, die der Islam in Deutschland gebildet hat, bestehen in allen größeren Städten Koranschulen. „Um das Problem der Koranschulen zu entschärfen“, soll der Staat den islamischen Religionsunterricht in eigene Regie nehmen, verlangt die Enquête-Kommission für die Ursachen des Jugendprotestes, und die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erzieher tritt dafür ein, den Vertretern aller Moschee-Gemeinden die Möglichkeit zu geben, einen „Rat für islamischen Religionsunterricht zu bilden“.

Wer das Chaos rivalisierender muslimischer Gruppen und Verbände kennt, der muß Zweifel an einer überregionalen Verständigung anmelden.

Wer außerdem bemerkt, daß nicht nur Fremde nach Deutschland gekommen sind, sondern auch An-

dersgläubige, der weiß, daß sich ihr Menschenbild von demjenigen des einstmaligen christlichen Abendlandes grundlegend unterscheidet.

Wer die Lehre von der Minderwertigkeit der Frau und die atavistischen Strafbestimmungen des Islam betrachtet, der erkennt den offensichtlichen Widerspruch zur deutschen Verfassung.

„In islamischen Ländern ist das religiöse und rechtliche Selbstverständnis der Gesellschaft anders begründet und geprägt als das Wertesystem, dem das Grundgesetz verpflichtet ist. Daraus ergeben sich hier Spannungen und prinzipielle Fragen, die bisher noch nicht bewältigt sind.“

Dieser realitätsbezogenen Analyse einer vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) verabschiedeten Stellungnahme stimme ich ebenso zu wie dem Fazit, daß rasche Lösungen nicht in Sicht sind. Mit eifertigen Formeln einer „bivalenten Sozialisation“ im Sinne „europäisch-muslimischer Doppelidentität“ und dem Ziel der „multikulturellen Gesellschaft“ jedenfalls werden Gegensätze nur verdeckt und drängende Fragen nicht beantwortet.

Wer sich auf die dauerhafte Anwesenheit von fast zwei Millionen Andersgläubigen aber ernsthaft einrichten will, der darf neben diesen nur beispielhaft genannten spezifisch innenpolitischen Problemen auch die Gefahr nicht übersehen, daß sich bisher tolerante islamische Staaten wie die Türkei, Ägypten

und Indonesien zu radikalen Theokratien nach dem Muster des Ayatollah Khomeini und der militanten Muslim-Bruderschaften entwickeln.

Trotz des hohen Respekts vor der Religiosität vieler Muslims gilt es letztlich, auch die Augen nicht vor dem Inhalt des Koran zu verschließen. Gerade eine Theologentagung muß sich den Fragen stellen, die sich z. B. aus der Ablehnung des dreieinigen Gottes durch den Koran ergeben, der in Sure 9,30 formuliert: „Ich töte sie, die sagen, Christus ist Gottes Sohn“.

Ist der Islam, dem bereits heute jeder sechste Mensch angehört und dem jährlich 25 Millionen Anhänger durch Geburt zuwachsen, also antichristlich? Ist die Radikalisierung persischer Fundamentalisten und die auch auf Westeuropa ausstrahlende Entwicklung im Nahen Osten und in Afrika also nicht bloß eine Gefahr für christliche Minderheiten in Ägypten und die Existenz Israels? Welche Konsequenzen ziehen wir aus der Tatsache, daß nach Einschätzung des Weltkirchenrates in Genf sich der Dialog zwischen Muslimen und Christen in vielen Ländern „in einer Sackgasse beiderseitigen Mißtrauens und der Angst“ befindet?

Diesen Fragen gingen die Teilnehmer eines Seminars unter dem Thema „Christentum und Islam“ nach, das vom 6. bis 8. Juli 1984 in der Karl-Arnold-Bildungsstätte in Bonn-Bad Godesberg unter der Leitung von Johannes Weberling und Michael Lingenthal stattfand.

Den schlagenden Beweis für die Aktualität des Themas liefert dabei die in diesen Tagen durch die Presse gehende Nachricht, daß die deutschen Moslems künftig verstärkt Christen für den Islam gewinnen und dabei ihren „Heimvorteil“ nutzen wollen. Deshalb hat die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Stuttgart auf eine vom Islamischen Zentrum München herausgegebene Schrift unter dem Titel „Ruf zum Islam unter Christen“ aufmerksam gemacht und festgestellt, daß bisher nur wenige Deutsche zum Islam übergetreten sind. Führende Muslime in der Bundesrepublik wollen künftig selbst Einladungstreffen veranstalten und für den Islam werben. Dabei soll berücksichtigt werden, daß die meisten Christen in ihrer Religion „mehr schlecht als recht“ bewandert seien. Besondere Chancen sehen die Islam-Vertreter vorwiegend bei jungen Christen, die der Gesellschaft kritisch gegenüberstehen. In ihrer Kulturkritik gebe es Gemeinsamkeiten mit dem Islam, und es komme hinzu, daß mit dem Christentum, etwa der Bergpredigt, nur schwer konkrete Politik zu machen sei, während der Koran ein „stabiles Gefüge für gesellschaftliches und privates Leben“ biete.

In nachfolgenden Beiträgen spiegelt sich die Bandbreite der Referate und Diskussionen.

Islam – Religion und politisch-kulturelle Grundkonzeption

**Dietrich Benninghaus
Dirk-Willi Gogarn**

Ein Grundlagenreferat (s. unten: Anja Martin, Ausgewählte Aspekte zur Entwicklung des Islam) bot den Tagungsteilnehmern die Möglichkeit, sich ein Bild über Entstehung, Lehre und Geschichte des Islam zu machen. Anschließend berichtete der aus der Türkei stammende Christ N. Sagur über das Leben als Christ in einem islamischen Staat und das Wesen des Islam heute (s. unten: Als Christ in der Türkei).

Im Fortgang der Tagung wurden nunmehr Einzelprobleme näher betrachtet. So stellt M. S. Abdullah in seinem Referat „250 Jahre ‚deutscher‘ Islam“ fest, daß der Anteil der Muslims mit deutscher Staatsbürgerschaft sehr gering ist; dabei

handelt es sich zumeist entweder um bewußte Konvertiten oder um solche aus islamisch-eherechtlichen Gründen.

Eine Arbeitsgruppe, die sich mit M. Freiherr von Bredows Aufsatz „Gihad – Heiliger Krieg und Lehre des Islam“ auseinandersetzte, kam zu dem Ergebnis, daß der Gihad vom Koran zwar nicht vorgeschrieben sei, aber ein wichtiges Element der islamischen Tradition bilde.

Arbeitsgrundlage einer weiteren Gruppe war der Aufsatz „Islamische Revolution? – Die Muslims im Konflikt mit der westlichen Moderne“ von A. Hottinger. Dieser Autor geht davon aus, daß seit Jahrhunderten die islamischen Traditionen und Gesellschaften durch „westliche Zivilisation“ und „Modernisierung“ überformt worden sind. Dabei zeigten sich ähnliche Probleme mit der modernen Industriegesellschaft wie im Westen: Wertekrise, Vermassung und Individualisierung. Heute könne man als Antwort des Islam einen Reislamierungsprozeß besonders umfassender und fundamentalistischer Art festmachen. Die Einheit von Religion, Gesellschaft und Staat bilde den Rahmen dieser Reislamisierung. Dadurch werde Religion allgegenwärtig.

A. Frhr. v. Campenhausen stellt in seinem Aufsatz „Muslime unter dem Grundgesetz“ fest, daß Muslimen gemäß Art. 4 GG das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung zusteht. Andererseits bilde aber derzeit noch keine islamische Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland eine rechtsfähige Körperschaft. Daher seien u. a. die Rechtsgrundlagen für islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen nicht gegeben.

M. Mildenerger führt in seinem Aufsatz „Zum religionsgeschichtlich-theologischen Verständnis des Islam“ eine Position aus, die eine Annäherung zwischen beiden Religionen auf dem Wege des Dialogs anbahnen soll. Er lehnt eine Frontstellung zum Islam als dem „Antichristen“ ab und entwickelt ein Konzept einer „gegenseitigen Bekehrung“. Im Gespräch miteinander kann der einzelne Dialogpartner die Probleme gegenüber der modernen Welt erkennen und bewältigen.

Eine andere Arbeitsgruppe befaßte sich mit dem „Wort der Kon-

ferenz Bekennender Gemeinschaften (KBG) in den evangelischen Kirchen Deutschlands und der Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM): Christliches Bekenntnis und biblischer Auftrag angesichts des Islam“. Dieses Wort stellt im Gegensatz zu Mildenerger den Islam als die „direkt antichristliche Religion“ dar. Daher sei ein innerkirchlicher Liberalismus, der zu einer gleichgültigen Haltung gegenüber dem Islam führe, christlich nicht vertretbar. Christen seien aufgefordert, Muslims zu missionieren. Dementsprechend wehren sich KBG und AEM „gegen jedwede Förderung des Islam durch Staat und Kirche“ und fordern „eine menschenwürdige Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Heimatländer“.

Aufgrund dieser Stellungnahme und des Aufsatzes von M. Mildenerger entzündete sich eine lebhafte Diskussion. Zentrale Frage war das Missionsverständnis. Forderten einige unter der Voraussetzung, daß das Evangelium die einzige objektive Grundlage für eine Religion darstelle, Mission ohne vorherigen Dialog, so stellten andere Diskussionsteilnehmer heraus, daß Mission nicht die Durchsetzung eines Absolutheitsanspruches sein könne, sondern vom Liebesgebot ausgehen müsse, das Achtung und Verstehen der Position des Andersdenkenden einschließe. Zudem müsse der Einladungscharakter des Evangeliums (Mt. 22,9) immer wieder neu betont werden.

Christentum und Islam – Gedanken zu einem Seminar Bernhard Schwarz

Die aus der Überschrift ersichtliche Problematik scheint für den deutschen Durchschnittsbürger kaum zu bestehen. Angesichts der Zahlen aber, die uns von der Statistik über die Verbreitung der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland geliefert werden, müssen wir Christen uns allen Ernstes fragen, ob wir es unseren Kindern und Kindeskindern gegenüber verantworten können, sie in einem solchen Maße in Unkenntnis zu belassen. Viele unserer Kinder, also der aktiven Staatsbürger von morgen und kirchenprägenden Gläubigen der Zukunft, treffen täglich in Schule und Kindergarten auf den anderen,

fremden Glauben ihrer Spiel- und Klassenkameraden. Wir haben als Leib Jesu Christi spätestens bei der Taufe unserer Kinder das Versprechen gegeben, sie zum christlichen Glauben, ganz gleich welcher Couleur zu erziehen und nicht zu versäumen, ihnen die Heilsszusage Christi nahezubringen. Überlassen wir unsere Kinder nun aber, und sei es nur aus Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit, dem Antichristen, wie ihn uns die Apokalypse (Offenbarung des Johannes) nennt, fallen wir in die Todsünde wider unseren Herrn Jesu Christi.

Das liberale Christentum führt an, daß unsere Religion sich in der Basis doch kaum von der des Islam unterscheidet. Als orthodoxer Lutheraner kann und darf ich eine solche Haltung nicht widerspruchlos hinnehmen, denn sie führt in die Verdammnis, den ewigen Tod! Die Verleugnung der Trinitätslehre steht im Widerspruch zum Wort des Herrn und ist damit eine jener satanischen Irrlehren, vor denen uns die Apostel im Neuen Testament schon warnen.

Diese wenig tolerante Stellungnahme zur anstehenden Problematik resultiert aus einem richtigverstandenen Humanitätsgefühl und meinem Glauben an den dreieinigen Herrn. Als Christ, ich versuche Christ zu sein, muß ich vor allem anderen meinem Gott die Ehre geben und seine Gebote und Mahnungen befolgen. Es darf nicht so sein, daß uns das Wort: „Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst“ (Mt. 5,43) dazu verleitet, die Humanität über die Liebe zu Gott zu stellen. Zeugt es nicht von mehr Nächstenliebe, wenn wir unsere Brüder, die der Irrlehre verfallen sind, warnen und ihnen Zeugnis von der Liebe Gottes geben, die sich im Tode und der Auferstehung seines Sohnes Jesus Christus niederschlägt? Auch hierzu fordert uns die Schrift geradezu heraus, wie denn geschrieben steht im Brief des Paulus an die Epheser (4,25) „... redet die Wahrheit, ein jeglicher mit seinem Nächsten, weil wir untereinander Brüder sind“. Also keine Inhumanität, sondern Festigkeit im Standpunkt des Glaubens aus Liebe zum Nächsten.

Des weiteren lehrt uns das Evangelium durch das Wort: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und

Gott was Gottes ist“ (Mt. 22,21), daß wir als die Jünger Christi das weltliche Regiment vom ewigen Regiment zu scheiden haben, was bei den Moslems nicht nur einfach abgelehnt wird, sondern diese Ablehnung zum Grundsatz des Islam gehört.

Wie grausam islamische Theokratie ist, führt uns das Beispiel Persiens täglich vor Augen. Wir dürfen es einfach nicht hinnehmen, wenn so, inmitten unserer „christlichen“ Gesellschaft, Zentren gegründet werden, die sich gegen den Leib Christi, seine Kirche, richten. Denn es bleibt keineswegs nur bei geistlichen Auseinandersetzungen zwischen Islam und Christentum, sondern diese Auseinandersetzungen werden sich bald auch auf weltweite Fragen ausdehnen, die irgendwann einmal unsere abendländliche Demokratie in Frage stellen, wenn nicht gar ihren Zerfall provozieren. Also ist es nur natürlich, daß wir bei der Auseinandersetzung mit der Religion Islam auch politische Aspekte einbringen müssen, um der politischen Seite der anderen Religion Rechnung zu tragen.

Noch ein anderer Gesichtspunkt, der mir sehr am Herzen liegt, mag hier angeführt sein. Die Spannungen zwischen dem Islam und dem Judentum. Gott spricht in seinem Wort, der Bibel, durch den Apostel Paulus von der zukünftigen Seligkeit Israels (Röm. 11,26 ff.) „Und alsbald wird das ganze Israel gerettet werden ...“ Auch die Offenbarung des Johannes ist durchzogen mit der Voraussage, daß das Volk des Herrn sich wider den Antichristen stellt. Gegenwärtig kämpft das Volk, aus dem unser Heiland kommt gegen die halbe Welt des Islam.

Steht uns mit dieser Erkenntnis nicht ganz klar vor Augen, daß der Islam dieser Antichrist ist? Doch in der Liebe, die uns Gott auch wider unsere Feinde schenkt, in dieser Liebe müssen wir uns fragen, ob wir nicht zu wenig tun, um unserem Missionsauftrag gerecht zu werden. Auch der fanatische Muslim ist unser Bruder in Christus und wir sollten nicht unseren Humanismus im Gebaren, aber auch nicht über die Liebe und Furcht gegen Gott stellen. Reichen wir unseren islamischen Brüdern die Hand, bleiben dabei aber in Glaubensfragen

unerbittlich um ihres Seelenheils willen und unserer Liebe zu ihnen.

Als Christ in der Türkei

Nezir Sagur

Nezir Sagur wurde im März 1964 als Sohn eines Bauern in der Südosttürkei geboren. Er ist Mitglied einer syrisch-orthodoxen Gemeinde und schildert in nachfolgendem Bericht seine persönlichen Erfahrungen als Christ in der moslemischen Türkei.

Da meine Eltern der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien angehörten, wurde ich in diese Gemeinschaft eingeführt und nach ihren Dogmen erzogen. Der Name „syrisch-orthodox“ hat dabei nichts mit dem modernen Staat Syrien zu tun.

Vor seinem Weggang nach Rom war der Apostel Petrus erster Bischof der Kirche von Antiochien, die nächst der Kirche von Jerusalem die älteste der Welt ist. Noch heute wird in ihr vielfach die Liturgie in aramäischer Sprache gehalten. Das christliche aramäisch-assyrische Volkstum ist im Laufe seiner fast zweitausendjährigen Geschichte von den mohammedanischen Arabern, Türken und Kurden verfolgt und unterdrückt worden. Heute residiert der oberste Bischof

Aus dem Inhalt

„Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ Helmut Matthies im Gespräch mit Heiner Geißler	1
Christentum und Islam Erhard Hackler	3
mit Beiträgen von Dietrich Benninghaus Dirk-Willi Gogarn Bernhard Schwarz Nezir Sagur	4 4 5
Ausgewählte Aspekte zur Entwicklung des Islam Anja Martin	7
Kindermord im iranisch-irakischen Krieg	10
Glückwünsche an D. Erwin Wilkens	10
Aus unserer Arbeit	9+12
Buchbesprechungen	15
Der EAK dankt Wolfgang Müller	16

der syrisch-orthodoxen Kirche, der sich immer noch Patriarch von Antiochien nennt, in Damaskus. Diese Kirche wirkt vor allem im orientalischen und asiatischen Raum, also auch in mehreren mohammedanischen Ländern, wie der Türkei, dem Libanon, im Irak und Iran. Allein in Indien wird die Zahl der Gläubigen mit fast zwei Millionen angegeben.

In meiner Familie wurde Aramäisch und Arabisch gesprochen. Die Bedeutung dieser Tatsache erfuhr ich mit aller Deutlichkeit bei meiner Einschulung. Denn die Umgangssprache war hier Türkisch. Daher wurde ich – zum Teil unter den Schlägen meiner Lehrer – dazu gezwungen, so schnell als möglich die türkische Sprache zu erlernen. Von diesem Augenblick an forderte man mich auch auf, am Unterricht der moslemischen Religion teilzunehmen. Trotzdem bemühte ich mich, mit der Unterstützung meiner Mutter und meines Vaters, die Religion meiner Eltern zu behalten. Heimlich ging ich mit ihnen zur syrisch-orthodoxen Kirche, wo der Priester anonym den Religionsunterricht hielt. Auf dem Weg dorthin flogen des öfteren Steine über unsere Köpfe hinweg und man bedachte uns mit Schimpfworten wie „Schweine“ und „Gavur“ – das bedeutet gottlos.

Der Narben, die mir als Erinnerung aus dieser Zeit verblieben, schäme ich mich nicht.

Wohlbemerkt, für diese Schikane ist vor allem die mohammedanische Bevölkerung verantwortlich zu machen. Diese hatte die Regierung auf ihrer Seite. So wurde unser damaliger Priester wegen seines kirchlichen Dienstes öfters angezeigt und bestraft. Die Strafmittel waren beispielsweise die Auflösung des Religionsunterrichts und schließlich Gefängnisstrafen. Auch die Eltern seiner Schüler belegte man mit Geldstrafen.

Nach der Auflösung unseres Religionsunterrichts konnte ich bis zum Ende der Grundschule nur in der Familie mein religiöses Leben pflegen. Obwohl ich von Schulkameraden und Lehrern geschlagen und verfolgt wurde, verweigerte ich mit Unterstützung meiner Eltern den Besuch des Unterrichts der moslemischen Religion.

Ab September 1973 besuchte ich die Mittelschule. Dort sah der An-

fang schon besser aus, da in meinem Jahrgang auch Kameraden aus christlichen Familien waren.

Ende 1973/Anfang 1974 begann die Zypernkrise. Der Haß gegen Christen und deren Verfolgung nahmen zu. Die anti-christliche Kampagne wurde verschärft. Die Medien verbreiteten Nachrichten über die Unterdrückung der türkischen Bevölkerung durch die christliche Mehrheit auf Zypern. Dies löste die verstärkte Unterdrückung der Christen in der Türkei aus.

Hier ein Beispiel:

Die mohammedanische Bevölkerung, aufgehetzt von der Regierung, konnte bewaffnet den Bauernhof einer christlichen Familie überfallen, die Tiere mitnehmen, Weinberge und Gärten zerstören. Die Täter schossen oft ohne Skrupel. Frauen und Mädchen wurden entführt und erniedrigt. Die Schulen waren in dieser Zeit für Christen so gut wie geschlossen, da sich keiner traute, dorthin zu gehen. Man hatte Angst, nicht mehr nach Hause zurückzukommen. Auch meine Eltern wurden von Unterdrückung und Verfolgung nicht verschont.

Während eines nächtlichen Überfalls auf unseren Bauernhof wurde mein Vetter von einer Kugel am Kopf getroffen. Dabei verlor er ein Auge. Er mußte nach Ankara ins Krankenhaus eingeliefert werden, aber die Taxifahrer weigerten sich, einen Christen zu befördern. Gegenwärtig lebt mein Vetter in der Bundesrepublik Deutschland, wo ihm in mehreren Operationen die restlichen Kugelsplitter entfernt werden konnten.

Nach der Normalisierung der Lage bin ich wieder in die Schule gegangen. Von meinen 12 Jahrgangskollegen sind mit mir nur drei in der Türkei geblieben, die anderen haben das Land verlassen.

Trotz aller Schwierigkeiten beendete ich die Mittelschule als einer der Besten. In der Hauptstadt Ankara legte ich eine Prüfung am Wissenschaftlichen und Technischen Forschungsinstitut ab, um ein Stipendium für den Besuch des Gymnasiums zu erhalten. Nach bestandener Prüfung wurde ich in Istanbul am VEFA-Gymnasium als Internats- und Stipendiatenschüler aufgenommen. Schon nach zwei Monaten rief mich der Schuldirektor zu sich. Er eröffnete mir, daß ich die Schule

nicht weiter besuchen könne, da mein Stipendium nicht überwiesen werde. Ungeachtet dessen dürften wir Christen aber auch nicht zu den höheren Schulen, denn eine gute Ausbildung könne es uns ermöglichen, den türkischen Staat im Ausland zu verraten.

Weil mein Stipendium nicht überwiesen wurde, erhielt ich vom VEFA-Gymnasium in Istanbul auch kein Entlassungszeugnis, ohne das ich von keinem anderen Gymnasium aufgenommen werden konnte. Deshalb versuchte ich, in Istanbul, Ankara, Izmir und in den anderen großen Städten Arbeit zu suchen. Als 1976 in Ydil ein Gymnasium neu eröffnet wurde, ließ ich mich dort eintragen. In meiner Klasse war ich der einzige Nicht-Moslem. Von meinen Schulkameraden und Lehrern wurde ich unter Druck gesetzt und, daran war ich ja schon gewöhnt, fast jeden Tag geschlagen.

Während des Libanon-Bürgerkriegs zwischen Moslems und Christen verstärkte sich der Haß gegen die Christen aufs neue. Unterdrückungen und Verfolgungen waren an der Tagesordnung. Bewaffnete Männer beraubten die Bauernhöfe der Christen, zerstörten deren Felder und die verbliebenen Weinberge und Obstgärten. Männer wurden geschlagen und Frauen entführt. Wir konnten das Haus nicht verlassen, denn sie nahmen uns als Geiseln und verlangten Geld von uns. Auch drohten sie uns mit dem Tod. Die Tatsache, daß die Moslems im Libanonkrieg unterdrückt wurden, nahmen die in der Türkei lebenden Mohammedaner zum Anlaß, um sich an uns zu rächen. Eines Tages wurden wir von bewaffneten Männern überfallen. Sie verlangten Geld, schlugen uns, fesselten meinen Vater und folterten ihn.

Nach diesem Überfall entschloß sich mein Vater, nach Deutschland zu gehen, um die Zukunft seiner Familie zu sichern. Nach seiner Abreise war ich mit meiner Mutter und den kleineren Geschwistern hilflos den Angriffen der Moslems ausgesetzt. So kam Anfang 1979 eine Gruppe von bewaffneten Männern. Sie verlangten von uns Geld und die Anschrift meines Vaters. Sie raubten unsere Wohnung aus, verprügelten meine Mutter, meine Geschwister und mich. Meiner kleinen Schwester haben sie ein Auge aus-

gestochen. Als meine Mutter auf dem Weg zur Polizei war, wurde sie von den moslemischen Frauen angegriffen, an den Haaren gezerrt und auf den Kopf geschlagen, so daß ihre beiden Trommelfelle platzten. Nach diesem Vorfall konnte sie nicht mehr hören. Inzwischen hatte mein Vater in der Bundesrepublik Deutschland Arbeit gefunden und eine Wohnung gemietet. Er schickte uns Geld für die Ausreise. So konn-

ten meine Mutter und meine Geschwister Ende September 1979 das Land verlassen. Mein Antrag auf Ausreise wurde abgelehnt. Denn obwohl ich an keinen großen anonymen kirchlichen Aktionen gegen die Regierung teilgenommen hatte, wurde mir vorgeworfen, daß ich der armenischen Gruppierung in Istanbul angehöre. Daher stand ich unter der Aufsicht der staatlichen Geheimdienste.

1980 habe ich als einziger Christ in meinem Jahrgang das Gymnasium mit Erfolg abgeschlossen. Auf Nachfrage teilte mir der Vertreter des Kultusministeriums mit, daß es für Christen in der Türkei keine Studienmöglichkeiten gebe. Daher beantragte ich im April 1980 die Ausreise. Heute bin ich froh, daß ich unter meinen deutschen Kommilitonen neue Freunde in einem freien Land gefunden habe.

Ausgewählte Aspekte zur Entwicklung des Islam

Anja Martin

Vor der Ausbreitung des Islam – das Wort bedeutet „Hingabe an Gott“ – war Arabien als Einheit ohne wesentliche Bedeutung für die Weltöffentlichkeit. Mekka, wo der Religionsgründer Mohammed vor rund 1400 Jahren lebte, war ein an einer großen Karawanenstraße gelegener alter Handelsort. Die einst als Meteor im Tal von Mekka eingeschlagene Kaaba – ein würfelförmiger Stein – und der heilige Brunnen Zem-Zem verliehen ihm besondere Anziehungskraft. Die im Umkreis lebenden einfachen Fellachen deuteten Schmelzspuren an der Kaaba, die beim Sturz durch die Atmosphäre aufgetreten waren, als Botschaft der Götter. Sie bauten ein würfelförmiges Zelt um den Stein und verehrten ihn als Heiligtum mehrerer Gottheiten. Den Gedanken der monotheistischen Religion brachten erst Juden und Christen mit, die durch Handel und Sklaverei nach Mekka kamen.

Mohammed

Im Jahre 570 n. Chr. wurde Mohammed geboren. Sein Vater verstarb früh. Daher wurde er von zwei Onkeln erzogen, die ihn zum Handelsgehilfen ausbildeten. Während einer Reise nach Jerusalem besuchte er die heiligen jüdischen und christlichen Stätten. Diese hinterließen bei ihm einen starken Eindruck.

Im Alter von 25 Jahren heiratete Mohammed die Kaufmannswitwe Quadscha, der eine Karawanserei gehörte. Zu dieser Zeit verlor

Mekka wie alle anderen Karawanenstädte immer mehr an Bedeutung, da sich der Handel auf den Seeweg verlagerte. Deshalb zielt das ursprüngliche Denken und Handeln Mohammeds vor allem darauf, seiner Heimatstadt wieder zu hohem Ansehen zu verhelfen. Zum Nachdenken und zur Besinnung zieht er sich in die Wüste zurück. Nach der Überlieferung soll er vom himmlischen Boten Gabriel eines Tages den Auftrag erhalten haben: „Stehe auf und warne!“. Sich danach einstellende regelmäßige Offenbarungen vertraut Mohammed anfangs nur seiner Frau an; erst danach einem immer größeren Kreis von Freunden und Bekannten. Seine Lehre vom einzigen Gott mißfällt den Mekkanern. Sie fürchten, daß Mekka als Wallfahrtsort polytheistischer Kulte noch mehr an Attraktivität und Ansehen verlieren könnte, wenn sich die monotheistische Lehre durchsetzen würde. Als Mohammed von einem Freund erfuhr, daß ein Attentat auf ihn geplant sei, flüchtete er mit seinen engsten Freunden nach Jahtrib, dem späteren Medina. Diese Flucht, Hedschra genannt, fällt auf den 20. Juni 622 n. Chr. Dies ist der Beginn der islamischen Zeitrechnung.

In Jahtrib, das später Mohammed zu Ehren seinen Namen in „Medinat al Nabi“ (Stadt des Propheten) ändert, wird Mohammed wie ein Fürst empfangen. Er läßt sich in einer verlassenen Karawanserei nieder und hält dort an jedem Freitag Gebetsveranstaltungen ab. Anfangs müssen sich die Gläubigen vor einer Gebetsnische (Kibla), die

in Richtung des Heiligen Felsens in Jerusalem angebracht ist, verneigen. Erst als Mohammed mit den Juden, die ihn und seine Lehre verhöhnten, bricht, läßt er die Gläubigen sich in Richtung Mekka verneigen. Eine zweite Gebetsnische wird angebracht, und die Moschee erhält den Namen „Moschee der beiden Kiblas“. Neben der Moschee läßt Mohammed einen Turm errichten. Von diesem Minarett aus weckt jeden Morgen sein Vertrauter die Stadt: „Gebet ist besser als Schlaf. Ich bezeuge, daß es keinen Gott gibt außer Allah und ich bezeuge, daß Mohammed sein Prophet ist.“

Anfänglich wahrte Mohammed gegenüber anderen Religionen Toleranz. Doch nach zwei Jahren Medina-Aufenthalt ist seine Macht so erheblich gewachsen, daß er diejenigen, welche noch nicht zum Islam übergetreten sind, dazu zwingen kann. Er unternimmt mehrere erfolgreiche Kriegszüge, unter anderem auch gegen Mekka, und überfällt Karawanen. Noch heute ist die Bemühung um Ausbreitung des Islam in der ganzen Welt Pflicht.

Acht Jahre nach seiner Flucht aus der Heimatstadt Mekka tritt Mohammed mit seinen Gefolgsleuten eine Siegeswallfahrt dorthin an. Als er im Jahre 632 n. Chr. stirbt, hat er mit seinen Anhängern fast die gesamte arabische Halbinsel erobert.

Die Kalifen

Mohammed hatte keine leiblichen Nachfolger. Somit war seine Nachfolge auch nicht geregelt. Daher

ernannten die engsten Vertrauten Mohammeds Abu Behr, seinen Schwiegervater, zum 1. Nachfolger (1. Kalif, 632-634). Abu Behr schlug einige Aufstände von Beduinenstämmen, die sich nach Mohammeds Tod nicht mehr an die getroffenen Vereinbarungen halten wollten, nieder. Um die Muslime von inneren Querelen abzuhalten, lenkte er ihren Blick auf einen äußeren Feind: Persien. Er entsandte Truppen nach Palästina, Syrien und Irak. Unter Umar, dem 2. Kalifen (634-644), besetzten die Muslime auch noch Unterägypten und Teile Persiens.

Auf das so entstehende große Staatsgebilde waren Mohammeds Ordnungsprinzipien nicht zugeschnitten. Deshalb rief Kalif Umar die ehemaligen Gefährten Mohammeds und die wichtigsten Heerführer zu einer Konferenz nach Dschabija ein. Von den dort gefaßten Beschlüssen sind nachfolgende die wichtigsten:

- Der Kalif setzt als oberste Autorität Heerführer und Statthalter in den besetzten Gebieten ein.
- Heerführung, Rechtsprechung und Verwaltung bleiben in den Händen der Clans.
- Mit dem Kriegsbeutenanteil des Kalifen - 20 % - sowie den Erträgen aus Glaubens- und Armensteuer sollen die öffentlichen und sozialen Einrichtungen finanziert werden.
- Die Angehörigen der monotheistischen „Buchreligionen“ (Juden, Christen) werden in islamischen Ländern toleriert, wenn sie eine Kopfsteuer zahlen.

Nach dem gewaltsamen Tod Umars wählt ein Wahlkollegium Othmann zum 3. Kalifen (644-656). Mit ihm kommt der Stamm der Omaiaden an die Macht. Da dieser Stamm am längsten und härtesten gegen den Propheten gekämpft hatte, stieß diese Wahl bei vielen Muslimen auf Ablehnung. Zudem hatte Othmann wenig politisches Geschick. Er übertrug daher die politische Macht auf seine Verwandten, die verschwenderisch lebten und mehr und mehr verweltlichten. Othmann selbst konzentrierte sich auf das Studium des Koran, der niedergeschriebenen Lehre Mohammeds. Denn 20 Jahre nach dessen Tod gab es bereits vier verschiedene Koranfassungen,

aus denen Othmann die heute noch gültige erarbeitete. Am 17. Juni des Jahres 656 stürmten die Gegner der Omaiaden - darunter Mohammeds zweite Frau Aischa und sein Schwiegersohn Ali - den Kalifpalast und töteten Othmann. Ali ließ sich unmittelbar danach zum 4. Kalifen ausrufen.

Religionsspaltung

In den Streit um den Kalifenthron zwischen den Anhängern Alis und den Omaiaden trat noch eine dritte Gruppe: die Charidschiten, die von Muslimen eine „radikale“ Frömmigkeit forderten. Im Jahre 661 n. Chr. wurde Ali von ihnen ermordet. Der 5. Kalif, Muawija, kam wiederum aus dem Stamm der Omaiaden. Er verlegte seine Residenz nach Damaskus und machte sich zum Sprecher der Rechtgläubigen, die ganz im Sinne der Prophetenüberlieferung lebten. Die Anhänger Alis bildeten eine eigene Partei: die Schiat-Ali (Partei Alis). Die Anhänger dieser Gruppe nennen sich auch heute noch Schiiten. Sie verbündeten sich mit den Abasiden, einer Partei des Nachkommens eines Prophetenonkels. Nach einer regelrechten Ausrottung der Omaiaden kommen die Abasiden 750 n. Chr. an die Macht und verlegen ihre Residenz nach Bagdad. Die Schiiten sprechen dem Abasidenkalifen die geistliche Führung ab, denn nach ihrer Auffassung kann nur ein direkter Nachkomme des Propheten Kalif werden und sowohl weltlicher als auch geistlicher Herrscher sein. Da sie verfolgt werden, halten sie ihren Imman (Nachfolger Alis, Leiter der Gemeinde) versteckt. 874 n. Chr. verschwindet der 12. Imman spurlos. Eine Entführung schließen sie aus und erklären, daß der 12. Imman entrückt sei und in unbestimmter Zeit zurückkehre. Aus den Anhängern einer weiteren Gruppe, die ebenfalls an die Rückkehr eines verborgenen Imman glauben - Imman Ismail sollte 760 Nachfolger des 6. Imman werden - bilden sich die Ismailiten. Diese sind heute im Jemen, Iran, in Indien, Syrien und Afrika verbreitet.

Die Zwölferschiiiten, also jene Muslime, die an die Rückkehr des 12. Imman glauben, leben heute hauptsächlich im Iran. Muslime, die wiederum in Abu Behr, Umar,

Othmann und dann in Ali die ersten vier rechtgeleiteten Propheten sehen, nennt man Sunniten. Heute sind fast 90 % aller Muslime Sunniten. Ihnen wird eine eher konservative Haltung unterstellt. Doch seit sich die Schiiten fest etabliert haben, erstarren auch sie in Traditionen.

Religiöse Grundpflichten

Der Islam ist eine „öffentliche Religion“. Denn die fünf religiösen Grundpflichten werden von den Muslimen gemeinsam und öffentlich verrichtet, so daß sie sowohl persönliche als auch gesellschaftliche Handlungen sind. Sie teilen sich auf in Pflichten gegenüber Gott und Pflichten gegenüber der Gemeinschaft.

1. Das Glaubenszeugnis (Shahada):

Im Islam gibt es keine Taufe. Jeder, der die folgenden Worte aufrichtig und bewußt ausspricht, darf sich als Muslim betrachten:

„Ich bezeuge, daß es keine Gottheit außer Gott gibt, und ich bezeuge, daß Mohammed der Gesandte Gottes ist.“

2. Das rituelle Pflichtgebet (Salat):

Die fünf im Niederknien verrichteten Pflichtgebete werden vom Gebetsrufer, dem Muezzin, der heute häufig durch ein Tonband ersetzt wird, in der Morgendämmerung, zur Mittagszeit, am Nachmittag, am Abend und vor Einbruch der Dunkelheit ausgerufen. Vor dem Pflichtgebet reinigt sich der Muslim durch rituelle Waschungen. Kranke, Altersschwache und Reisende sind von dieser Pflicht befreit.

3. Die Pflichtabgabe (Zahat):

Die Pflichtabgabe (Armensteuer) galt ursprünglich als empfohlenes Werk der Frömmigkeit. Später entwickelten die Rechtsgelehrten daraus eine steuerähnliche Mindestabgabe von Gütern. Empfänger sind zum Beispiel die Bedürftigen und solche, die für den Islam gewonnen werden sollen.

4. Das Fasten (Saum):

Im Monat Ramadan fasten die Muslime, das heißt, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang muß auf jede Nahrung sowie Nikotin verzichtet und Enthaltensamkeit geübt werden. Ab dem 9. Lebensjahr

fasten Kinder in etwas abgemilderter Form mit.

5. Die Pilgerfahrt nach Mekka (Hadjj):

Einmal im Leben soll jeder Muslim nach Mekka pilgern. Dabei ist der Beginn der offiziellen Wallfahrt auf 10 Wochen nach dem Ende des Monats Ramadan festgelegt. Pilgerfahrten zu anderen Zeiten werden nur als Besuchsreisen gewertet.

Das Glaubensbekenntnis

Das Glaubensbekenntnis der Muslime enthält fünf Artikel:

1. Glaube an den einen Gott
2. Glaube an Gottes Engel
3. Glaube an die Bücher Gottes
4. Glaube an die Gesandten Gottes
5. Glaube an den Jüngsten Tag

Die Artikel 1, 3 und 4 sollen im folgenden ausführlicher behandelt werden:

Zu Artikel 1:

Der einzig wahre Gott wird täglich in der obengenannten Shaha-da, dem wörtlichen Zeugnis, öffentlich bezeugt. Die schwerste Sünde besteht darin, Gott andere Wesen zuzuordnen und somit seine Einheit zu leugnen. Die christliche Trinitätslehre wird von Muslimen daher bereits als Sünde verstanden, denn nach dem Koran besteht die Trinität aus Vater, Mutter und Sohn. Dieses Mißverständnis kann mehrere Ursachen haben. Einmal ist „Heiliger Geist“ in der syrischen Kirchensprache feminin und kann deshalb mit „Maria“ verwechselt worden sein. Andererseits kann die hervorragende Rolle Marias in der Liturgie der orientalischen Kirche zu diesem Mißverständnis geführt haben. Um dem – nach islamischer Sicht – Polytheismus der Christen entgegenzuwirken, läßt der Koran Jesus erklären, daß die Trinitätslehre eine Irrlehre sei, die die Christen zwar eingeführt, er aber nie verkündigt habe. Da Muslime den Koran als ewiges Gotteswort betrachten, wird die Polemik Mohammeds gegen die Trinitätslehre selbst zur Offenbarung, da Mohammed der Verkünder der Offenbarungen Allahs ist. In der 112. Sure heißt es: „Sagt: Er ist Allah, der Einzige. Allah, der Ewige, der Absolute. Er zeugt keine Kinder, noch ist er selbst gezeugt wor-

den. Und keiner kann mit ihm gleichgestellt werden.“

Der Islam wendet sich also gegen eine biologische Zeugung Jesu durch Gott.

Dieser Zurückweisung kann die christliche Kirche jedoch vorbehaltlos zustimmen, denn „Inkarnation bedeutet grundsätzlich Offenbarung der Erlösung, des Heils, des Friedens mit Gott“ (vgl. Johan Bouman: Der Glaube an den einen Gott, Giessen, Basel 1983).

Zu Artikel 3:

Zu den Büchern Gottes zählen im Islam der Psalter, die Thora, das Evangelium, das als ein Buch aufgefaßt wird, und der Koran. In Sure 46,12 steht geschrieben: „Vor diesem (Koran) war die Schrift des Mose als Richtschnur und Barmherzigkeit. Dieser (Koran) nun ist eine Schrift, die sie in arabischer Sprache bestätigt.“

Der Koran sieht daher den muslimischen Glauben in der Bibel begründet. Tatsächlich werden viele Elemente der alt- und neutestamentlichen Geschichte übernommen, jedoch setzt der Koran andere Akzente. Der Koran (Lesung, Rezitation) unterteilt sich in 114 Suren (Kapitel), die nicht zeitlich geordnet sind, sondern – mit Ausnahmen – nach der Länge. Die einzelnen Suren tragen Überschriften, die jedoch keine Themenangabe darstellen.

Man unterteilt den Koran in drei mekkanische und eine medinensische Phase. Die 1. mekkanische Phase handelt von der Ankunft des Jüngsten Gerichts und vom gütigen Schöpfergott. Die 2. mekkanische Phase enthält warnende Geschichten, Strafllegenden und Berichte über Propheten. Die 3. mekkanische Phase beinhaltet Gleichnisse.

In der medinensischen Phase findet man Bestimmungen für das familiäre und gesellschaftliche Zusammenleben, für die Verteidigung nach außen und die Behandlung von Nicht-Muslimen.

Die Bedeutung des Korans für den Islam ist mit der Jesus Christus für das Christentum vergleichbar:

„Die heilige Nacht des Christentums ist die Weihnacht, in der Gott in einem Stall Mensch wurde. Im Islam entließ im heiligen Monat Ramadan Gott aus Gnade und Barmherzigkeit ein Buch, den Koran, der den Menschen zur

Rechtleitung übermittelt wurde . . . somit ist der Koran und nicht sein bloßer Überbringer das Bindeglied zwischen Gott und Mensch im Islam“ (vgl. H. Frick: Vergleichende Religionswissenschaft, Berlin und Leipzig 1928, S. 68 ff.; entnommen aus: M. Tworuschka, Allah ist groß, Gütersloh 1983, S. 64).

Zu Artikel 4:

Mohammed ist der letzte Prophet, das sogenannte Siegel der Propheten. Jesus Christus wird im Koran in eine reine Prophetenrolle gezwängt.

Die Suren über das Leben Jesu sind eine Mischung aus neutestamentarischen Erzählungen und legendarischem, nachbiblischem Material. Jesus wird als Instrument göttlichen Handelns dargestellt, denn nach jeder Erzählung über seine Wundertaten macht der Koran die Einschränkung „mit der Erlaubnis Allahs“.

Der Islam verneint die Kreuzigung. Wahrscheinlich ist Mohammed in diesem Punkt von den Gnostikern beeinflusst worden, welche die Meinung vertreten, Simon von Cyrene sei statt Jesus gekreuzigt worden. Zudem würde nach muslimischem Glauben die Allmacht Gottes durch die Kreuzigung eingeschränkt, denn die Propheten stehen unter dem besonderen Schutz Gottes. Deshalb erklärt der Koran das Lebensende Jesu mit den Worten: „Gott hat ihn zu sich genommen“.

Da der Koran den Kreuzestod nicht als stellvertretendes Opfer zur Vergebung der Sünden begreift, sondern die Kreuzigung schlichtweg verneint, versperrt der Islam den Heilsweg.

Aus unserer Arbeit

Jahreshauptversammlung des EAK der CDU Lübeck Eberhard Zell wiedergewählt

Lübeck: Auf der Jahreshauptversammlung des EAK Lübeck wurde Eberhard Zell erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurde Pastor Ulrich Böhme, MdBü; zu Beisitzern wählte die Versammlung Frau Adelheid Ludwig, Herrn Finanzsenator Gerd Risch und Herrn Torsten Geißler, zugleich Mitglied des Kreisvorstandes der CDU und der JU.

Der Lübecker Propst, Dr. Niels Haselmann, sprach zum Thema: „Probleme der Lübecker Kirche“.

Kindermord im iranisch-irakischen Krieg

Aus der Schweiz erreichte den EAK die Aufforderung von Frau Ruth C. Cohn: „Alarmiert Eure Freunde und Bekannten! Schreibt an Zeitungen und Regierungen! Informiert Eure Kinder und Schüler, haltet Vorträge und diskutiert über den Gaskrieg und Kindermord an iranischen und irakischen Kindern!“

Nach einem Bericht der Harald Tribune vom 24./25. März 1984: „Hunderttausende von iranischen Kindern im Alter von zwölf bis sieben Jahren werden als „lebendige Minenzerstörer in Menschenwellen“ geopfert. Eine Journalistin des Ostens erzählte einer Kollegin der

New York Times, daß sie mit eigenen Augen sah, wie Zehntausende von Kindern in Zwanziger-Gruppierungen hintereinander geseilt wurden, damit schwachwerdende nicht desertieren könnten, wenn sie sich in den Stacheldraht oder in irakische Minenfelder werfen müssen, um den iranischen Tanks den Weg von Minen zu säubern. „Wir haben ja nur so wenige Tanks“, erklärte ein iranischer Offizier offensichtlich ohne spezielles Bedauern.

Iran hat seit Ende letzten Jahres keine amerikanischen Journalisten mehr ins Land gelassen, eine öffentliche Diskussion sollte mög-

lichst vermieden werden. Doch regional werden Mullahs angewiesen, eine bestimmte Quote von Kindern zur Verfügung zu stellen. Ihr Lohn als religiöse Helden wird im Himmel bezahlt werden, sie erhalten spezielle Kleidung und einen Schlüssel zum Himmel, den der Mullah ihnen zuteilt. Iran opfert seine eigenen Kinder, um gegen Irak siegen zu können. Irak verwendet Senfgas gegen diese Kinder im gleichen pragmatischen Sinn.“

(Dr. h. c. Ruth C. Cohn, CH-6085 Hasliberg-Goldern, Schweiz)

Glückwünsche an D. Erwin Wilkens

Der langjährige theologische Leiter der Kirchenkanzlei – heute: Kirchenamt – der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit Sitz in Hannover, Vizepräsident D. Erwin Wilkens, vollendete im Juli sein 70. Lebensjahr.

Der Theologe und Publizist ist immer dann zu nennen, wenn es um die führenden Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche im Nachkriegsdeutschland geht. Sein Denken und Handeln hat die Arbeit der EKD maßgeblich geprägt.

Mit dem Abdruck des nachfolgenden Interviews, das der Redaktionsleiter des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz (idea), Helmut Matthies, führte, ehrt der EAK seine verdienstvolle Arbeit und verbindet damit sehr herzliche Glückwünsche.

Herr Präsident, Sie haben genau vor fünfzig Jahren mit dem Theologiestudium begonnen und eine lange Periode des Verhältnisses von Staat und Kirche erlebt. Wie beurteilen Sie es in der Gegenwart – und auch im Blick auf die Vergangenheit?

Wilkens: Der deutsche Protestantismus hat durch Jahrhunderte hindurch in einer letztlich unpolitischen und unkritischen Staatsnähe existiert. Da diese Staatsnähe in der Weimarer Republik nicht mehr in die geschichtliche Landschaft zu passen schien und neue Ansätze

noch nicht ausgereift waren, versäumte es der Protestantismus, einen aktiven Beitrag zum Demokratieverständnis zwischen den beiden Weltkriegen zu leisten. Die Thesen der Theologischen Erklärung von Barmen 1934 bedeuten demgegenüber für Kirche und Staat einen kirchengeschichtlichen Durchbruch. Sie geben eine neuartige Standortbestimmung und Aufgabenbeschreibung. Der Staat hat als eine Größe des Diesseits nach göttlicher Anordnung für Recht und Frieden zu sorgen, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Die Kirche hat durch Barmen mit ihrer Tradition gebrochen. Sie ist aus einer Position der Unabhängigkeit heraus in kritischer Solidarität mit den Menschen zu einem Dienst der Verkündigung von Gottes Gebot und Gerechtigkeit gegenüber dem Staat verpflichtet. Dieser Dienst würde aber durch eine prinzipielle Distanzierung vom Staat verhindert, die Kirche würde aufs neue ihren Beitrag zur Demokratie versäumen. Hierfür gibt es keine theologische Rechtfertigung.

Sie haben jahrelang die EKD entscheidend mitgeprägt. Wie schätzen Sie ihre jetzige Situation – sowohl im Vergleich zur Nachkriegszeit als auch im Gegenüber zur Be-

deutung der katholischen Kirche ein?

Vielen erscheinen die frühen Jahre nach dem Kriege als eine große Zeit kirchlichen Neuaufbruchs, in der vor allem auch das Feld von Politik, Staat und Öffentlichkeit für kirchliche Mitverantwortung neu entdeckt wurde. Tatsächlich ist der kirchliche Beitrag aus den großen Hilfswerken, aus dem Wiederaufbau einer funktionierenden Staats- und Gesellschaftsordnung, aus der Wiederherstellung internationaler Verbindungen und aus der Pflege der Ost-West-Beziehungen nicht wegzudenken. Zweierlei ist dabei zu kurz gekommen: Einmal die Klärung der theologischen Grundlagen für einen spezifischen Dienst der Kirche auf dem politischen Felde, mit der Folge einer starken Zerstrittenheit auf diesem Gebiet. Und zweitens die Erkenntnis, daß eine starke Stellung der Kirche in Staat und Gesellschaft auch eine entsprechende geistliche Kraft erfordert, wenn sie sich nicht auf die Dauer verausgaben und unglaubwürdig machen will. Daher steht die Kirche heute vor der Frage, ob ihre Kraft ausreicht, die Suche der in ihren Lebensgrundlagen unsicher gewordenen Menschen nach tragfähigen Orientie-

rungshilfen überzeugend zu beantworten. Ob die katholische Kirche darin besser dasteht als die evangelische, wage ich nicht zu beantworten. Beide haben ihre besonderen Stärken und Schwächen. Ich wäre weniger an einem konfessionellen Konkurrenzverhältnis als an einer engen Zusammenarbeit und an einem Erfahrungsaustausch interessiert.

Die Ost-Denkschrift von 1965 trägt Ihre Handschrift. Gegner der Denkschrift werfen ihr vor, damit hätte die EKD das deutsche Vaterland verraten. Was wollte die Denkschrift erreichen? Und wie ist das Verhältnis der EKD zum Thema Heimat, deutsches Vaterland usw.?

Das Motiv für die Ost-Denkschrift war seelsorgerlicher Art. Eine Verweigerung des Verzichts auf die an Polen gegangenen deutschen Ostgebiete gleichzeitig mit der nüchternen Erkenntnis, daß eine Revision auf friedlichem Wege aus geschichtlichen, politischen, moralischen und menschlichen Gründen als unmöglich zu beurteilen war, verursachte eine gefährliche innere Blockade für die notwendige Aussöhnung mit dem polnischen Volk. Die folgenreiche Verweigerung in den 20er Jahren, den Verlust des Krieges von 1914/18 zu akzeptieren, kann hier nur schrecken. Den Verfassern der Ost-Denkschrift, die von allen Mitgliedern des damaligen Rates der EKD ohne Ausnahme gebilligt wurde, war bewußt, daß sie bis an die äußerste Grenze einer kirchlichen Mitwirkung auf dem politischen Felde gingen. Mit Richtungskämpfen in der evangelischen Kirche aber hatte die Ost-Denkschrift ebenso wenig zu tun wie mit der Verachtung der Größen Heimat und Vaterland. Beide haben für den Menschen einen hohen Gefühls- und Lebenswert, der von der Ost-Denkschrift nicht in Frage gestellt werden sollte. Aber eine entscheidende Instanz für völkerrechtliche Regeln und für die Beurteilung komplizierter internationaler politischer Möglichkeiten können sie nicht sein.

In letzter Zeit wird bei manchen Gelegenheiten (der Friedensfrage, der Ökologie usw.) der status confessionis gefordert. Wo ist die Bekenntnisfrage heute tatsächlich geboten?

Es ist gut, zu dieser Frage deutlich festzuhalten, worüber es keinen

Streit gibt: in der Ächtung des Krieges als eines sittlich nicht mehr vertretbaren Mittels der Politik, in der Verwerfung einer mit nuklearen Waffensystemen geführten Kriegshandlung, in der Anmahnung der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte als Schlüsselfragen einer internationalen Friedensordnung. Strittig sind dagegen die konkreten Fragen der Friedenssicherung, der Militärstrategie, der Rüstungspolitik und des militärischen Waffendienstes. Es ist üblich geworden, auch diesen Bereich mit Hilfe des Arguments vom status confessionis in die christlichen Glaubenswahrheiten einzubeziehen und konkrete Einzelforderungen als göttliche Gebote für jeden Christen aufzustellen. Sie werden damit zugleich Kennzeichen für die Einheit der Kirche und für die Zugehörigkeit zur Gemeinde. Das gilt auch für alle anderen ethischen und politischen Sachverhalte, die in dieser Weise dem status confessionis zugerechnet werden. Fraglich ist also nicht, ob eine Gemeinschaft der Christen im Handeln wünschenswert und gegebenenfalls für die Glaubwürdigkeit der Kirche unentbehrlich ist. Wer sie aber im Wege des status confessionis fordert, will eine neue Kirche gründen, vermutlich eine politische Sekte. Er verstößt gegen Artikel VII der Confessio Augustana und stellt die Lehre von der Rechtfertigung allein aus Gnaden in Frage.

Der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Desmond Tutu, vergleicht die Situation seines Landes mit der des Dritten Reiches. Sie haben das Dritte Reich erlebt, und Sie kennen Südafrika aus eigener Anschauung. Stimmen Sie diesem Vergleich zu?

Geschichtliche Sachverhalte verschiedener Art miteinander zu vergleichen oder gar in der Substanz zu identifizieren, ist immer gewagt. Dabei wird auf konkrete Argumentation zugunsten einer Suggestion verzichtet. Das gilt für die Gleichsetzung der Republik Südafrika mit dem Dritten Reich Adolf Hitlers auch dann, wenn man sich auf das Rassenproblem bezieht. Die Ausrottung der Juden war ein klares politisches Ziel Adolf Hitlers, neben der Erringung der deutschen Welt-herrschaft das zweite große Kriegsziel des Zweiten Weltkriegs. Von dem allen kann für die Republik Südafrika nicht die Rede sein. Hier

geht es um die Zuerkennung der vollen politischen Rechte an die Schwarzen in einer Demokratie und um ihre Beteiligung an der Macht im Staat. Dabei handelt es sich um Aufgaben, die nur in einem langen geschichtlichen Prozeß gelöst werden können. Deshalb ist es sehr problematisch, dazu alsbaldige Totallösungen zu fordern und alle Zwischenstufen von vornherein zu verwerfen. Man muß aber hinzufügen, daß die Regierung von Südafrika mit ihrer gegenwärtigen brutalen Praxis gegenüber den Schwarzen die ihr zugeordneten politischen, moralischen und theologischen Verdikte selbst zu verantworten hat. Außerdem wäre sie gut beraten, wenn sie den Prozeß der Integration der Schwarzen in ihren Staat beschleunigen würde.

Beim Geburtstag darf man sich etwas wünschen. Was wünschen Sie Ihrer Kirche?

Wünsche an die EKD aus der eigenen Lebenserfahrung zu äußern, würde auf Mängelrügen hinauslaufen, die man nicht in unzulässiger Weise verallgemeinern darf. Wenn ich dennoch diese Frage aufgreife, dann denke ich an Erscheinungen im Pfarrerstand. Auch hier muß man sich vor Pauschalurteilen hüten. Ganz überwiegend wissen sich die Pfarrer ihrem meist aufreibenden Dienst verpflichtet. Aber es gibt viele Ausnahmen mit einer großen Öffentlichkeitswirkung. Alle Untersuchungen haben ergeben, daß das Urteil der Gemeindeglieder über die Kirche auf Erfahrungen mit dem einzelnen Pfarrer beruht. Das Selbstverständnis des Pfarrers steht und fällt mit der Einheit von Amt und Person. Es gibt alarmierende Beispiele einer Emanzipation aus dieser Einheit. Das Ordinationsgelübde bindet den Pfarrer ganzheitlich an sein Amt. Das hat Folgen für die persönliche Lebensführung, Ehe, Haus und Familie. Es hat auch Folgen für die politische Betätigung. Der Pfarrer darf sich einfach nicht jeder Modeerscheinung hingeben und diese dann auch noch theologisch rechtfertigen wollen. Ein Zerstrittensein von ganzen Pfarrkonferenzen über politische Fragen, so daß die geistliche Gemeinschaft zerbricht, dürfen die Kirchenleitungen nicht länger hinnehmen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Aus unserer Arbeit

Dr. Werner Dollinger erneut EAK-Landesvorsitzender in Bayern

Landshut: Die Delegierten der EAK-Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Bayern bestätigten Bundesminister Dr. Werner Dollinger bei nur einer Gegenstimme erneut im Amt des Vorsitzenden. Ihm stehen MdB Peter W. Höffkes als Stellvertreter neben Heinz Broschell, der die Nachfolge von Werner Müller antritt, zur Seite.

Über den weiteren Verlauf der Veranstaltung, die unter dem Motto „Protestanten für Europa“ stand, teilt der EAK-Landesgeschäftsführer in Bayern, Wolfgang Vogelsang, mit:

„Europa ist auch eine Sache evangelischer Christen – die überraschend zahlreiche Teilnahme an der Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU bewies es. Sie zeigte nichts von Europamüdigkeit. Im Gegenteil: Die temperamentvolle Diskussion zwischen Podium und Teilnehmern unter Leitung von MdB Peter Höffkes vermittelte geradezu europäische Aufbruchstimmung. So wurde auch ein Diskussionsbeitrag der Vernichtung von Grenzpfählen und Grenzschränken in den frühen fünfziger Jahren erinnerte, mit viel Beifall bedacht. Ihr Appell: Räumt die Grenzpfähle weg und vergeßt nicht, daß dieses Europa mehr ist als Frankreich und Deutschland, es ist auch Polen und Ungarn!

Man tagte in Landshut, sozusagen in der Diaspora. Dekan Reinhard von Loewenich hatte die Andacht gehalten, Einstimmung in die Thematik und ein biblisches Wort zum Tage gegeben. Oberbürgermeister Josef Deimer verwies auf die Rolle seiner Stadt im europäischen Konzert: ein Stückchen Wehmut auch, war das prächtige Landshut doch auch einmal Hauptstadt Bayerns.

Das Tagungsthema: Verantwortung für Europa – eine Aufgabe für Christen. Dr. Werner Dollinger, der Vorsitzende des EAK der CSU, führte in die europäische Gesamtlage ein, schlug den Bogen zur bevorstehenden zweiten Europawahl. Christliche Demokraten seien die Baumeister des freien Europa gewesen, sie seien auch heute der Motor der europäischen Einigung. Sichern, was gewonnen und erreicht wurde, das sei Aufgabe der Christen. Zum einen gehe es um den Frieden in Freiheit, zum anderen um das hohe Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit. Nur in der Gemeinschaft der Europäer seien diese Leistungen möglich und auf Dauer zu sichern gewesen. Europa fordere aber auch Beharrlich-

keit und Geduld. Gerade Christen seien zu solcher Beharrlichkeit aufgerufen. Was erreicht wurde, sei erfreulich, aber nicht genug. Deshalb fordere Europa mehr denn je den vollen Einsatz.

Die Hauptreferate in Landshut hielten zwei protestantische „Europäer“: Kai-Uwe von Hassel (CDU) und Dr. Ingo Friedrich (CSU). Friedrich, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, betonte, daß Christen vor allem die Pflicht hätten, gegen den Zeitgeist anzutreten und gegen den Pessimismus, der Europa befallen habe, das Prinzip Hoffnung zu setzen, die reale Perspektive aufzuzeigen, die in einem geeinten, christlich geprägten Europa zu sehen sei. Die Wirklichkeit Europas sei im einzelnen wesentlich besser als es Vorurteile wahrhaben wollten, die von vielen Miesmachern bewußt gehegt und gepflegt wurden. Insgesamt ergaben sich mit der Zusammenfassung der europäischen Kräfte im Bereich von Wissenschaft, Technologie und Politik großartige Chancen für eine weltweite, friedensfördernde Rolle der Christen Europas.

Kai-Uwe von Hassel analysierte in einem umfassenden Referat den Zustand Europas und die unabwiesbaren Gründe für den Zusammenschluß: kein Land könne mehr allein mit den Problemen fertig werden, keines könne für sich allein seine Sicherheit garantieren, keines sei allein abwehrkräftig genug gegen die kommunistische Bedrohung. Alles in allem: ohne Europa gibt es keine Zukunft!

Von Hassel ging auf die verschiedenen Bereiche der heutigen europäischen Politik ein, die nicht immer die Zustimmung aller finden könne. Seine Vision für ein Europa mit seinen großen kulturellen und politischen Traditionen nach den entsetzlichen Erfahrungen des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges: zurückfinden zu dem Ideal einer Europäischen Gemeinschaft, die Frieden stiftet und bewahrt – und zwar in Frieden und Freiheit! Eine Gemeinschaft schaffen, in der das Miteinander an die Stelle eines jahrhundertalten Gegeneinanders tritt, in der Freiheit und Ordnung und soziales Verhalten zusammengehören! Von Hassel forderte dazu auf, die moralische Kraft Europas wieder strahlen zu lassen, damit der freie Teil des Kontinents den Platz in der Weltgeschichte einnehme, der ihm nach seiner geschichtlichen Bedeutung, seiner wissenschaftlichen Kraft und seiner technisch-wirtschaftlichen Stärke zukomme.

Daß es zur politischen Union Europas keine Alternative gebe, daß sie nicht

Denkmodell unter anderen sei, machten auch die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion deutlich: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier, Kirchenrat Paul Rieger und Bundesminister Dr. Jürgen Warnke. Warnke verwies besonders auf die Rolle Europas als Partner der Dritten Welt und unterstrich die moralische Verpflichtung und politische Verantwortung für diese Länder.

„Es gibt keinen Weg zurück in die Nationalstaatlichkeit mit hundert Grenzen und Zöllen!“ – so die einhellige Schlußfolgerung aus der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU. Und weiter: „Evangelische Christen erkennen dies und gehen zur Wahl am 17. Juni. Dieses Europa ist unsere Sache!“

Staatssekretär Spranger einstimmig wiedergewählt

Ansbach: Einstimmig bestätigten die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CSU den Parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger im Amt des Bezirksvorsitzenden für Mittelfranken. Auch seine bisherigen Stellvertreter Helmut Heidrich (Erlangen) und Ex-Landrat Klaus Hartmann (Hersbruck) wurden wiedergewählt.

In seinem Rechenschaftsbericht hob Spranger die „menschlich vorbildliche Zusammenarbeit“ hervor. Der Arbeitskreis Mittelfranken (EAK) habe weder die brisanten Themen aus der Friedens- und Umweltschutz-Diskussion gescheut, noch die Werbung und Reaktivierung von EAK-Sympathisanten vernachlässigt.

Bei seinem Ausblick auf die zukünftige Arbeit griff der Staatssekretär auf die „Barmer Theologische Erklärung“ vom Mai 1934 zurück. Besonders die fünfte These sei in doppelter Weise aktuell geblieben. Einmal lebe ein großer Teil Deutschlands auch heute noch unter einer Diktatur. Zum anderen sei gerade die These, als Wegweisung wieder verstehen zu lernen, daß der Staat „nicht nur Sozialleistungen zu streuen“ sondern auch Frieden, Recht und Freiheit zu sichern habe. In der Erfüllung dieser Aufgaben habe der Staat einen von der „Barmer Erklärung“ bestätigten Anspruch auf Loyalität und Unterstützung durch die Bürger, aber auch durch die Kirchen.

In der Aussprache teilte der Historiker Professor Dr. Dietrich Grille aus Erlangen mit, daß derzeit überraschend viele Einbürgerungsanträge von türkischen Arbeitnehmerfamilien in mittelfränkischen Städten mit guten Erfolgsaussichten gestellt seien. Das bedeutet für

die allernächste Zukunft die Verwandlung bisheriger ausländischer Gäste in eine neue „nationale Minderheit“ deutscher Staatsangehöriger türkischer Nationalität. Religiöse Konfrontationen seien nicht unwahrscheinlich, könnten aber vermieden werden, so Grille, wenn die Kirchen nicht mehr wie bisher nur die Tore zu Staat und Gesellschaft, sondern auch ihre eigenen Tore öffneten und wieder eine, heute leider vollständig zu verwissende, missionarische Kraft dig zu vermissende, missionarische Kraft entfalten.

**Dr. Michael Feist:
Besinnung auf die Botschaft
des Evangeliums**

Karlsruhe: Die Barmer Theologische Erklärung mahnt uns, mit großer Wachheit und Aufmerksamkeit darauf zu achten, daß sich nicht fremde Mächte und Einflüsse der Botschaft des Evangeliums und der Kirche Jesu Christi bemächtigen. Das „Prüfet die Geister“ ist heute so aktuell wie vor 50 Jahren, als sich der Zeitgeist mit Hilfe der Nationalsozialisten und der Deutschen Christen der Kirche und ihrer Verkündigung zu bemächtigen suchte.

Diese Feststellungen traf Dr. Michael Feist (Karlsruhe) bei einer ersten Auswertung eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Barmen damals und heute – Als Christ im Staat des Grundgesetzes“. Wer heute gebannt in die Richtung starre, aus der damals unbiblische Einflüsse in die Kirche eingedrungen seien, der übersehe leicht die heutigen Mächte – und sei damit derselben Gefahr ebenso wehrlos und unvorbereitet ausgesetzt. Marxistische, materialistische und rationalistische Ideen seien der Botschaft des Evangeliums ebenso fremd wie traditionalistische, technologistische und manipulative. Nur derjenige erfasse die Barmer Theologische Erklärung richtig, der sich auf die Botschaft des Evangeliums besinne und dem Anspruch Gottes auf sein Leben Raum gebe, anstatt sich von fremden Mächten bestimmen zu lassen oder den eigenen – konservativen oder progressiven, materialistischen oder idealistischen – Willen über den Willen Gottes zu stellen. Zur Freiheit eines Christenmenschen finde nur, wer aus der Bindung an Jesus Christus lebe.

Bei dem Seminar hatte zunächst Dozent Pfarrer Dr. Plathow (Heidelberg) über „Barmen damals – Glaube in der Entscheidung“ referiert und dabei nach Ausführungen zur historischen Situation, dem theologischen Gehalt der Barmer Erklärung und deren Rezeption in Kirchenordnungen zehn zentrale Thesen formuliert. Im Mittelpunkt stand dabei die Aussage, daß die Kirche durch die rechte Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung konstituiert werde. Die Predigt des Evangeliums und die aus ihr

resultierende Verantwortung der glaubenden Gemeinde hätten verschiedene Qualität. Das Evangelium befreie von Totalität, reiner Verinnerlichung, reiner Gesinnungsethik und mache frei zu einem am Willen Gottes orientierten Leben und Handeln.

In einem Referat zum Thema „Barmen heute – ein verbindliches Wort für Erneuerung und Gemeinschaft der Kirche“ setzte sich Pfarrer Dr. Duchrow (Heidelberg) vor allem mit der weltweiten Verantwortung der Kirche auseinander und bezeichnete es als entscheidende Frage, von welcher Macht sich die Kirche bestimmen lasse. Dabei könnten auch politische und ökonomische Fragen zu letzten Fragen werden, wenn sie die Botschaft des Evangeliums und den Dienst der Kirche verfälschten.

Im Kontrast dazu lehnte Prälat Bechtel (Mannheim) den Blick der Seminarteilnehmer auf die örtliche Gemeinde und betonte, daß lebendige Gemeindegarbeit in der Folge von Barmen einen auf breitem biblischem Fundus beruhenden Dienst brauche. Es müsse deutlicher werden, was zum Wesen lebendiger Gemeinde und verbindlichen Christseins gehöre. Wer zulasse, daß fremde Kräfte in die Kirche Eingang fänden und nicht die Tür (Jesus Christus) benutzten, sich also wie Diebe in die Kirche einschlichen, ihre Botschaft verfälschten und etwa mit frommem Vokabular der Kirche unbiblische Inhalte unterschöben, die setzten die Kirche derselben Gefahr aus wie die Deutschen Christen 1933/34. Predigt, Bibelstudium, Gebet, Feier der Sakramente und lebendige geistliche Gemeinschaft seien deshalb von besonderer Bedeutung, um Falschem zu wehren.

Im Gegenüber zum Staat habe die Kirche, so Bechtel, an Gottes Gebot zu erinnern. Der Staat habe in der noch nicht erlösten Welt die Aufgabe, für Recht und Ordnung, für Frieden und Freiheit, für Gerechtigkeit und soziales Wohl zu sorgen. Dies geschehe nach dem Maß menschlicher Einsicht und Rationalität. Nach Luther sei dabei wichtig, durch das Wort Gottes zur rechten Wahrnehmung der politischen Sache bereit und fähig zu machen. Der Kirche komme hierbei eine wesentliche Bedeutung zu.

Nach einem Gottesdienst, den Schuldekan Cleiss (Oberkirch) hielt, referierte der Verwaltungsjurist Dr. Kuder (Stuttgart) über das Thema „Als Christ im Staat des Grundgesetzes“ und erläuterte in anschaulicher Weise die Möglichkeiten zur Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung für das Gemeinwesen, die sich aus dem Gegenüber und Miteinander von Kirche und Staat, Christsein und Bürgersein ergeben.

Das Seminar soll am 10. November in Karlsruhe mit einer Tagung für Pfarrer, Kirchenälteste und kirchliche Mitarbeiter fortgesetzt werden.

Lehrer für die Entwicklungsländer

Deutsche Lehrer sollen künftig helfen, das Bildungssystem in der Dritten Welt qualitativ zu verbessern und personelle Engpässe in den Partnerstaaten zu überwinden.

Erstmals bewähren muß sich das von der Bundesregierung soeben vorgestellte Programm in Simbabwe: In diesen südostafrikanischen Staat, der unter besonderem Lehrermangel leidet, werden im kommenden Jahr 100 deutsche Lehrkräfte entsandt. Für das Vorhaben stellt die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten fünf Jahren rund zehn Mio. DM aus dem Etat des Entwicklungsministeriums zur Verfügung. Es ist vorgesehen, Gehaltszuschüsse und Nebenkosten an deutsche Lehrer zu zahlen, die an Sekundarschulen in Entwicklungsländern tätig werden. Voraussetzung dafür ist, daß die Regierungen der betreffenden Entwicklungsländer die Beschäftigung deutscher Lehrer wünschen, daß die Partnerländer deutschen Lehrern, die bereit sind, im dortigen Bildungswesen zu arbeiten. Verträge anbieten, die ortsübliche Gehaltszahlungen vorsehen und daß die Vollzeitlehrertätigkeit mindestens zwei Jahre dauert.

Besonders gefördert wird die Lehrertätigkeit in naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächern.

In Einzelfällen gewährt die Bundesregierung folgende Leistungen:

- Zuschuß zu dem mit dem jeweiligen Entwicklungsländ vereinbarten Vollzeit-Lehrergehalt bis zu einem Gesamtbetrag von 2000,- DM monatlich;
- Extrazahlungen für den Unterhalt während der Vorbereitungszeit, die drei Monate dauert, in Höhe von 800,- DM monatlich und Übernahme der Kosten für Unterkunft und Verpflegung während dieser Zeit;
- Zuschuß zu den Kosten der deutschen gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung in Höhe von 700,- DM monatlich;
- Zuschuß zu den Reise- und Transportkosten, falls das Entwicklungsländ oder eine andere Stelle für diese Kosten nicht aufkommt;
- Wiedereingliederungsbeihilfe nach Rückkehr, wenn eine zumutbare Beschäftigung nicht sofort gefunden wird;
- Zuschuß zu den Mietkosten, falls sie 200,- DM pro Monat übersteigen und nicht vom Arbeitgeber gezahlt werden.

Interessenten erhalten nähere Informationen beim **Centrum für Internationale Migration**, Bettinastraße 62, 6000 Frankfurt/Main 1.

Was uns an unserer Evangelischen Kirche stört

Stellungnahme des EAK Freiburg zu Entwicklungen der letzten Jahre

Freiburg: Äußerungen und Aktionen von Pfarrern, Mitarbeitern und Mitgliedern von Kirchenleitungen der Evangelischen Kirche zu politischen Themen, zum Staat der Bundesrepublik, zu Ungerechtigkeiten in der Welt, zu Rüstung und Verteidigung haben in den letzten Jahren viele engagierte Gemeindeglieder in eine Randposition gedrängt. Sie befinden sich zwischen Resignation, Protest und Austritt. Mitglieder des EAK Freiburg beziehen mit folgenden Aussagen Position:

Die Rolle von Religion und Kirche ist die einer besonderen Welt neben vielen anderen geworden (Arbeit, Freizeit, Wirtschaft, Politik). Zwischen dieser Rolle, die angenommen werden muß und dem Anspruch auf Weltverantwortung entstehen erhebliche Spannungen. Aus der Rolle der „Sonderwelt“ ergibt sich eine relative Bedeutungslosigkeit der Kirche und der dort Tätigen.

Wir halten nichts von Bemühungen, diese relative Bedeutungslosigkeit durch Anbiederung und Ankoppeln an modische Zeitthemen und -strömungen zu kompensieren.

Jede Sonderwelt hat ihre eigenen Strukturen und Inhalte. Sie zu verstehen setzt Kenntnisse, Erfahrungen und Sachlichkeit voraus, die Mitarbeitern und Mitgliedern der Kirche häufig fehlen.

Uns mißfällt eine Anmaßung, in Bereiche hineinzusprechen, für die Ausbildung, Fachkenntnisse und Erfahrungen notwendig wären.

Die Kirche ist unter anderem deshalb noch Volkskirche, weil viele Glieder die Diakonie bejahen, soweit sie ihnen unmittelbar einsichtig ist (Vorschulerziehung, Behinderung, Alter, soziale Probleme). Ihr ist nirgends verheißen, den „neuen Menschen und die neue Gesellschaft“ aufzubauen. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn eher ferne Probleme ständig verbessernd beurteilt werden, während vor Ort aufgetragene alltägliche Diakonie zu kurz kommt.

Es spricht vieles dafür, daß Summe und Intensität der Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte in von der UdSSR tatsächlich und ideologisch dominierten Ländern und in ihr selbst entsprechende Verletzungen in anderen Teilen der Welt überbieten. Dort wird auch der Anspruch erhoben und verwirklicht, „der Staat könne die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen“ (Theologische Erklärung von Barmen, 5).

Wir vermissen eine Haltung, die unter Berücksichtigung der jüngeren deutschen Geschichte dies deutlich und

ohne diplomatische Beschönigung artikuliert, im Bewußtsein hält und die Barmer Theologische Erklärung nicht einäugig in der Haltung eines nachgeholtten Widerstandes sieht.

Volkskirche und Bekenntniskirche stehen in Spannung. Wir gewinnen den Eindruck, als ob – vielfach unbewußt – Zustände (gerade auch politische) herbeigesehnt werden, in denen die innerkirchliche Situation ganz eindeutig wird und die „Schafe von den Böcken“ getrennt werden können.

Wir sehen diese Einstellung als anmaßend und unbiblisch an.

Kirche, nicht Politik erwartet eine Änderung (Bekehrung) des Menschen. Kirche, nicht der demokratische Staat hat einen Missionsauftrag. Mittel des demokratischen Staates in der Politik sind Verständigung und Verhandlung.

Wir erwarten von der Kirche, daß sie in ihren Äußerungen zur Politik sich dieses Unterschiedes bewußt bleibt.

Es gibt mündige Christen in der Politik und unserer Demokratie. Die Kirche hat sich auch in der neueren Geschichte nicht als der Hüter der Demokratie legitimiert. Mit dem gesellschaftlichen Pluralismus tut sie sich schwer.

Wir erwarten, daß die Kirche in alle ihre Mitglieder, die in der Politik verantwortlich tätig sind, mehr Vertrauen setzt.

(Zuschriften erbeten an den Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Freiburg zu Hd. Herrn Dr. Eberhard Tiesler, Blankenbergweg 2, 7800 Freiburg).

EAK-Kreisverband Recklinghausen aktiv

Castrop-Rauxel: Nach der Neuwahl des Kreisvorstandes im Frühjahr, gewählt wurden Martin Ziegner als 1. Vorsitzender, Heinz Wiehenkamp und Martin Schrahn als Stellvertreter, trafen sich nunmehr außergewöhnlich viele Mitglieder zu einer Veranstaltung in Recklinghausen unter dem Thema „Barmen heute – Wächteramt der Kirche und die Freiheit des Christen“.

Referent des Abends war der Landesvorsitzende des EAK-Westfalen-Lippe, Dr. Gerhard Rödding, MdL, Bielefeld. Er vertrat in seinem Referat die Auffassung, daß es ein Wächteramt der Kirche im institutionellen Sinn nicht gibt. Öffentliche Stellungnahmen der Kirche sollten deutlich sein und als kirchliches Wort inhaltlich erkannt werden können. Das sei nötig, 1. wenn ein nationaler Notstand besteht, 2. wenn es wichtige politische Fragen gibt, die die vorhandenen politischen Kräfte aus sich heraus nicht lösen können (Ostdenkschrift) und 3. wenn die Kirche öffentlich ihre eigenen Interessen vertreten muß.

Viel Sorge bereitet dem Referenten die allgemeine Anpassung der Kirche

an außerkirchliche Gesellschaftsstrukturen. „Das Grundgesetz gibt der Kirche einen erheblichen Spielraum zur Eigen-gestaltung. Die innere Unsicherheit, die zur Anpassung führte, ist stärker gewesen als die eigene Gestaltungskraft.“ Dafür gab er mehrere Beispiele. „Die Barmer Theologische Erklärung ermahnt uns heute erneut, die Chancen der Eigenständigkeit zu nutzen und den modernen Anpassungsmechanismen zu widerstehen. Zur Freiheit des Christen gehört auch die Freiheit der Kirche. Sie sollte sich vor allem des Sachverstands der Christen bedienen, die an politischen Entscheidungen mitwirken und sollte bedenken, daß heutige Politiker auch ein kirchliches Wort nicht unkritisch übernehmen.“

Eine längere Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Viele Teilnehmer brachten ihre große Sorge über die Politisierung der Predigt und das politisch extreme Verhalten ihrer Pfarrer zum Ausdruck.

Ist Werterziehung heute noch nötig?

Schwetzingen: Unter Vorsitz von Michael Reiss nahm der Evangelische Arbeitskreis der Region Schwetzingen die Frage eines Kindergartenneubaus und dessen Trägerschaft – konfessionell oder städtisch – zum Anlaß, zu einem Vortragsabend zum Thema „Ist Werterziehung heute noch nötig?“ einzuladen. Referent war Prof. Dr. Arndt von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, Fachbereich Allgemeine Pädagogik.

Prof. Arndt analysierte die aktuelle Lage bei Kindern und Jugendlichen. Slogans wie „Kein Bock auf garnix“ signalisierten ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dies sei angesichts der Ausbildungsplatzmisere nicht verwunderlich.

Unsere Autoren:

Dietrich Benninghaus
Königsberger Straße 23
5275 Bergneustadt 1

Dirk-Willi Gogarn
Heerstraße 12
5882 Meinerzhagen 1

Bernhard Schwarz
Friedrichstraße 34
5300 Bonn 1

Nezir Sagur
Steinkaute 12
6300 Gießen

Anja Martin
Kaiserstraße 52
5300 Bonn 1

Im Alter bis zu fünf Jahren sollte dem Kind die Möglichkeit zu einer sinnvollen Entwicklung des emotionalen Bereichs gegeben werden, der in der Vergangenheit zugunsten des Denkens vernachlässigt worden sei. Der Mensch müsse als Einheit von Gefühlen, Denken und Bewegen gesehen werden. Betone man ein Element zu stark, könnten psychische Schäden bei Kindern nicht vermieden werden.

Daneben sei es für das Kind sehr wichtig, Geborgenheit in einem überschaubaren Raum zu erfahren. Dadurch könne das Gefühl von Vertrauen und Sicherheit als Grundlage für ein positives Lebensgefühl wachsen. In diesem Bereich sei gerade der Kindergarten von zentraler Bedeutung.

Ein weiter wichtiger Wert liegt für Arndt in der Erfahrung der Einheit von Zeit in konkreter Form für das Kind. Dieses müsse die Möglichkeit haben, die Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft konkret in seinem Handeln zu erlernen und zu erfahren. Die heute oft beklagte Geschichtslosigkeit von Kindern und Jugendlichen sowie der ganzen Gesellschaft habe hier eine,

wenn nicht sogar die Wurzel. In diesem Bereich könne gerade der Kindergarten einen ebenso wichtigen Beitrag leisten wie bei der Suche nach Antworten auf die Frage nach den letzten Bereichen des menschlichen Lebens.

Aus diesen Gründen sei, so Prof. Arndt, Werterziehung für Kinder, und Jugendliche geradezu unabdingbar notwendig.

Eine ausdauernde und tiefgreifende Diskussion beschloß den Vortragsabend, der Anstöße für ein Arbeitspapier zum Thema „Kindergarten“ gab, das der EAK in der Sommerpause erstellen will.

Luther als Vater im Glauben Peter Manns beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU

Waldshut: In einem Vortrag vor dem Evangelischen Arbeitskreis des CDU-Kreisverbandes Waldshut sprach der Direktor des Malzner Instituts für Europäische Geschichte, Professor Dr. Peter Manns, über „Martin Luther als Vater

im Glauben für die ganze Christenheit“. Ansatzpunkt seiner Ausführungen war die unbedingte Verpflichtung auf die Wahrheitsfrage, die sowohl für Luther damals als auch die Christenheit heute unverzichtbar sei. Von daher sei es für niemanden in die Beliebigkeit seiner Person gestellt, was er denkt, glaubt und tut. Er habe sich dem Anspruch des Wortes Gottes immer neu zu stellen und sich von ihm in die Pflicht nehmen zu lassen.

Gerade im Blick auf die Politiker unter seinen Zuhörern sagte Manns, daß erst ein so gestaltetes Gottesverhältnis den Menschen in die richtige Beziehung zur Welt setze. Ein solcher Mensch dürfe wissen, daß das entscheidende Problem seines Lebens, die Erlangung des Heils, die Überwindung des Todes für ihn von Gott her gelöst sei. Von diesem Druck befreit, dürfe er sich der Welt und deren Problemen handelnd zuwenden. Er dürfe ihre Probleme lösen und brauche sich in den Problemlösungen nicht selbst zu verwirklichen. Er dürfe aber auch wissen, daß er scheitern dürfe. Denn die Existenz der Welt hänge im letzten nicht von ihm ab.

Buchbesprechungen

Herrschaft und Sprache Zu einer grundlegenden Untersuchung von Wolfgang Bergsdorf.

K. Rüdiger Durth

Auch Begriffe und nicht nur Menschen machen politische Karriere, die zum Wandel gesellschaftlicher Einstellungen und schließlich zum Wechsel der Macht führt. Um Veränderungen oder Revolutionen zu erreichen, werden nicht mehr die Gebäude der Regierungen besetzt, sondern die Begriffe, mit denen sie regieren (Kurt Biedenkopf).

Wolfgang Bergsdorf (43), einer der engsten Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, hat die Wechselwirkung von „Herrschaft und Sprache“ (366 Seiten, Neske Verlag, 48,- DM) in unserem Land untersucht. Diese erste systematische Darstellung der politischen Sprache seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt, wie Begriffe durch die Auflösung ihrer ursprünglichen Präzision „politisch verwendungsfähig“ werden und Veränderungen herbeiführen.

Das gilt besonders für Schlüsselwörter wie Demokratie und Faschismus, Diktatur und Freiheit, Frieden und Entspannung, Gewalt und Reform. Bergsdorf, der Ministerialdirektor im Bundespresseamt ist und an der Bonner Universität politische Wissenschaft lehrt, kommt zu dem Schluß: „Die Ideologierbarkeit der zentralen Begriffe der

politischen Terminologie ist Voraussetzung ihrer Wirksamkeit“.

Was ziemlich akademisch abstrakt klingt, hat aber unmittelbare politische Wirkung und ruft die Mahnung des Philosophen Ludwig Wittgenstein in Erinnerung: „Frag' nicht nach der Bedeutung, frag' nach dem Gebrauch“ von Worten. Und dieser Gebrauch hat beispielsweise im Blick auf das Wort Gewalt seinen tiefgreifendsten Wandel erlebt.

War man sich in den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland darüber einig, daß Gewalt ausschließlich dem demokratisch kontrollierten Staat zusteht, so änderte sich dies durch die Popularität des von Johan Galtung geprägten Begriffs von der „strukturellen Gewalt“. Hatte Galtung das Wort 1969 in Zusammenhang mit der Dritten Welt gemeint, so verselbständigte es sich bald Innerpolitisch zur „Gewalt gegen Sachen“, die vermeintlich legal war, und weitete sich aus zum propagierten „Widerstandsrecht“, etwa gegen die vom Parlament mehrheitlich befürwortete Nato-Nachrüstung.

Dies wurde dadurch möglich, daß der gesellschaftliche Konsens über den Grundbegriff Gewalt aus seinem geschichtlichen Zusammenhang gelöst wurde. Bergsdorf: „Die Entgrenzung und Radikalisierung der Bedeutung alter Begriffe zielen darauf ab, ihre

Fähigkeit zur Beschreibung der politischen Wirklichkeit zu stören und zu zerstören“. Anders formuliert: „Diese Sprache will nicht verstanden werden, indem sie in erster Linie beschreibt, sie will motivieren, indem sie kämpft“.

Sehr deutlich läßt sich dieser Sachverhalt mit den Schlüsselworten Demokratie und Freiheit nachzeichnen. Vor dem Hintergrund der Hitler-Diktatur waren beide Begriffe allgemein verständlich und wurden als die zwei Selten einer Medaille verstanden. Mitgedacht wurden zugleich Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit. In den 70er Jahren aber gelang es, sie aus ihrem historischen Feld zu lösen und zu verselbständigen. Dadurch wurde, so Bergsdorf, der Frieden zu einem „Herzwort“, der als Wert an sich die Freiheit zurücktreten ließ. Die Folge: Die (sowjetische) Diktatur gilt als weniger gefährlich, wenn nur der Friede erhalten bleibt. Die Bedingungen des Friedens werden nicht mehr umschrieben.

Verlieren die Begriffe der Herrschenden in der Demokratie ihre allgemeine Verständlichkeit und inhaltliche Bedeutung, dann ziehen sie automatisch Machtverlust nach sich. Neue Begriffe ziehen Macht auf sich und übernehmen schließlich die Herrschaft.

Der Autor Bergsdorf gliedert folgerichtig die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in Epochen

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uw von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Rechtsanw. Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefo (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis viertel jährlich 4,— DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Post-scheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

(etwa Ära Adenauer, Erhard etc.), sondern in „terminologische Zeitabschnitte“. Der Terminologie des Antifaschismus (direkt nach 1945) folgte die des Anti-Totalitarismus (beginnender Kalter Krieg), mit dem Zentralbegriff Freiheit. Es folgte die Zeit der integrativen Terminologie unter Adenauer mit den Schlüsselworten Soziale Marktwirtschaft, europäische Einigung. Diese nutzte sich unter Ludwig Erhard ab, der vergeblich mit der Forderung nach einer „formierten Gesellschaft“ die nachlassende Integrations-Terminologie auffangen wollte.

Die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger brachte eine „Terminologie der Entspannung“, die aber durch die Anziehungskraft der „neuen Sprache“ der Studentenrevolte nicht voll zum Zuge kam. Herbert Marcuse als geistiger Vater der Revolte setzte sich mit negativ verstandenen Begriffen wie Institution, Privilegierung, Repression, Manipulation, Entfremdung oder Frustration durch. Interessant ist, daß er der Vielzahl negativer Begriffe nur einige positive entgegengesetzte wie Befreiung, Freiraum, Emanzipation.

Der sozial-liberalen Koalition gelang es zunächst, nicht zuletzt durch Willy Brandt, die Sprache Marcuses durch eine Terminologie der Bewegung aufzu-

fangen und politisch umzusetzen: Wandel, Erneuerung, Reformen, Fortschritt, Frieden. Mit Helmut Schmidt setzte sich dann die Terminologie der Ernüchterung durch, die zugleich das Wort Frieden durch Entspannung ersetzte. Zu Beginn der 80er Jahre rückte dann das „Herzwort“ Frieden wieder in den Mittelpunkt.

Freilich, nicht die Worte an sich bewirken politische Entwicklungen, sondern die Menschen, die sich ihrer bedienen, um die Menschen für ihre Ziele zu gewinnen. So wirkt Politik auf die Inhalte der zentralen politischen Begriffe ein und ist bemüht, sie zu verändern. Ein Prozeß, der nie abgeschlossen ist und darum große Aufmerksamkeit verdient, damit nicht das gleiche Wort langsam einen entgegengesetzten Inhalt erhält wie er ursprünglich gemeint war.

„Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, in fünf Bänden, herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest und Eberhard Jäckel. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. Halblederausgabe pro Band 220,— DM, Leinenausgabe pro Band 168,— DM; das Werk wird nur geschlossen abgegeben.

Der EAK dankt Wolfgang Müller

Seit Mai 1975 war Wolfgang Müller Referent in der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Diese Aufgabe hat er nun mit der eines Kreisgeschäftsführers der CDU in Solingen getauscht: Herzlichen Glückwunsch zu dieser Nominierung und „Glückauf“ für einen guten Start in einen neuen Berufs- und Lebensabschnitt!

Unter der Mitverantwortung von Wolfgang Müller wurden unsere Bundestagungen in Stuttgart, Siegen, Kassel, Wuppertal, Wolfsburg

und Mainz durchgeführt. Wer ihn dabei, wie zuletzt auf unserer 26. Bundestagung im Februar dieses Jahres in Wuppertal, in seinem Element erlebt hat, der weiß, warum sich der in Hilden geborene gelernte Buchhändler in ungezählten Begegnungen viele Freunde in unseren Reihen und an seinem Arbeitsplatz erworben hat. Allemal freundlich und hilfsbereit erfüllte er seine Aufgaben mit planerischem und organisatorischem Geschick.

Er betreute Fachtagungen, Zielgruppengespräche und koordinierte

einen Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit. Neben dem Aufbau und während der Pflege von Informations- und Adressen-Karteien galt sein besonderes Interesse der elektronischen Text- und Datenverarbeitung. Mit Zähigkeit und großem Fleiß arbeitete Wolfgang Müller auf diesem Gebiet mit dem sichtlichen Erfolg einer deutlich erhöhten Schlagkraft der EAK-Bundesgeschäftsstelle.

Wolfgang Müller hat im EAK und mit ihm vieles bewegt und vorangebracht.

5931*0100-003896 PAK. 15/

BLECKMANN, HANS

FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF

\$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt